



Liebe Leserinnen und Leser,

Am 11. März 2012 haben wir zusammen mit vielen anderen Menschen in Deutschland, Frankreich, Japan und anderswo der Atomkatastrophe von Fukushima gedacht. Dieses Unglück hat uns wieder einmal vor Augen geführt, dass es allerhöchste Zeit für einen radikalen Wechsel in der Energiepolitik wird.

Die Bundesregierung hat sich zu einer Senkung der Treibhausgasemissionen in Deutschland um 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 verpflichtet. Dieses Ziel ist allerdings nirgendwo gesetzlich geregelt. Letztendlich handelt es sich deshalb nur um eine rechtlich unverbindliche, politische Absichtserklärung, die wieder relativiert oder ganz in Frage gestellt werden könnte.

Wenn wir uns die Entwicklung der Treibhausgasemissionen in NRW seit 1990 ansehen, so müssen wir feststellen, dass die Kurve flach wie ein Brett ist. Es hat sich scheinbar in den letzten beiden Jahrzehnten trotz rotgrüner Landesregierungen bei der Emissionsminderung in NRW nichts getan. Die Pro-Kopf-Emissionen lag 2010 in NRW bei 17,5 t, in den USA bei ca. 20 t und in China bei 4,3 t.

Wenn es um Schritte zu einer Energiewende in unserer Region geht, sehen wir zwar einzelne Aktivitäten, insgesamt fehlt bisher dazu ein Gesamtkonzept, das von den Bürgerinnen und Bürgern getragen wird. Ein Klimaschutzgesetz für das Land NRW könnte der Beginn einer Wende sein. Allerdings nur dann, wenn es nicht nur für öffentliche Stellen sondern auch für die Energiewirtschaft und für die energieintensive Industrie rechtlich verbindlich wäre.

Es grüßt Euch recht herzlich,  
Klaus Kubernus-Perscheid

## Inhalt:

Kolumbienkohle: Von den Millionengewinnen haben sie nichts!

Der Steag Deal und die Kohle aus Kolumbien

Klimaratschlag Dezember 2011

Für ein Klimaschutzgesetz in NRW

Atom- und Kohlekonzern RWE bekommt die Konzession in Wesel bis 2033

Dialog mit Vertretern der Hüttenwerke KruppMannesmann(HKM) und dem Umweltforum Duisburg

Kreislaufwirtschaft total – möglich und nötig!

Fukushima Jahrestag

McPlanet – Too big to fail

„Fest der Vernunft“

Gespräch mit der Duisburger Hafen AG zum Thema Verkehrsbelastung in Rheinhausen

Termine

Das Klimabündnis Niederrhein

## Kolumbienkohle: Von den Millionengewinnen haben sie nichts!

Kolumbien ist für Konzerne wie Vattenfall, Eon, EnBW und STEAG ein wichtiger Lieferant für Kraftwerkskohle. Sie wird dort unter katastrophalen Bedingungen abgebaut. Um billig an den Rohstoff zu kommen, beuten die Verantwortlichen Mensch und Natur mit verheerenden Konsequenzen gnadenlos aus. Das Klimabündnis Niederrhein hat eine Projektgruppe gegründet, die sich mit der Unternehmensverantwortung der STEAG beschäftigt. Mehrheitseigentümer der STEAG ist das Stadtwerke-Konsortium. Dem Stadtwerke-Konsortium gehören Versorger der Städte Dortmund, Oberhausen, Bochum, Essen, Dinslaken und Duisburg an.

*Das Interview mit Sebastian Rötters von der Menschenrechtsorganisation FIAN führte Klaus Kubernus-Perscheid*

**NKZ:** Die Frage nach der Herkunft und den Abbaubedingungen der Importkohle kommt in der aktuellen Diskussion um die Energiewende in Deutschland praktisch nicht vor. Woher kommt die Steinkohle für deutsche Kraftwerke?

**Sebastian Rötters:** Vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer bauen die Kohle ab, die den weltweiten Energiehunger stillt. Kolumbien ist zusammen mit Russland der wichtigste Lieferant von Steinkohle für deutsche Energieunternehmen.

**NKZ:** Unter welchen Bedingungen wird die Kohle in Kolumbien abgebaut?

**Sebastian:** In Kolumbien wird Steinkohle im Tagebau gefördert. Fruchtbare Land wird abgetragen, um an die darunter liegende Kohle zu gelangen. Dieses Land ist jedoch Heimat für tausende Menschen. Vor allem Kleinbauern und Indigene bauen dort Nahrungsmittel an, nutzen die natürlichen Rohstoffe der Wälder und entnehmen aus Gewässern Trink- und Brauchwasser. Sie verlieren durch den Kohleabbau ihre Lebensgrundlage. In jahrelangen Verhandlungen mit den Unternehmen müssen sie darum kämpfen, angemessen umgesiedelt und entschädigt zu werden. Für sie bedeutet die Ausbeutung der Kohlevorkommen unter ihren Füßen oft das Ende eines einfachen, aber auskömmlichen Lebens. Von den Millionengewinnen aus dem Kohlebergbau haben sie nichts.

**NKZ:** Welche gesundheitlichen und ökologischen Folgen hat der Steinkohleabbau für die Menschen?

**Sebastian:** In Kolumbien müssen für die Tagebaue ganze Flüsse umgeleitet werden. Tausende Hektar fruchtbares Ackerland gehen verloren. Tägliche Sprengungen und der Transport der Kohle mit LKWs und Güterwagons verursachen eine immense Feinstaubbelastung, die zu massenhaften Atemwegserkrankungen unter der lokalen Bevölkerung führen.

Der Verladehafen von Drummond verschmutzt die Strände in der Nähe der Stadt Santa Marta und beeinträchtigt die Fischer der Region. Die Kohlezüge, mit denen die Kohle an die Küste transportiert wird, rattern Tag und Nacht mitten durch zahlreiche Gemeinden, oft ohne jede Sicherheitsvorkehrungen. Viele Häuser entlang der Strecke wurden dadurch beschädigt. Die Gemeinden El Hatillo, Boquerón und Plan Bonito sind von mehreren Kohle-Tagebauen umringt. Die notwendigen Umsiedlungen der Gemeinden werden von Drummond und den anderen verantwortlichen Konzernen bewusst verschleppt.



*Sebastian Rötters (FIAN)*

**NKZ:** Welche Rolle spielen die internationalen Konzerne?

**Sebastian:** Vor allem die Konzerne Cerrejón (AUS, GB, CH), Drummond (USA), Glencore (CH) und Vale (BRA) bauen im Department La Guajira und im Department Cesar Kohle für den Export ab. Neue Akteure wie der brasilianische Konzern MPX stehen bereits in den Startlöchern.

Der US-Konzern Drummond steht in dringendem Verdacht, die Morde an Valmore Locarno und Victor Orcasita in Auftrag gegeben zu haben. Valmore Locarno war Präsident, Victor Orcasita Vize-Präsident der Kohlearbeiter-Gewerkschaft SINTRAMIENERGETICA.

Außerdem wird dem Unternehmen vorgeworfen, jahrelang paramilitärische Gruppen im Department Cesar finanziell unterstützt zu haben. Diesen paramilitärischen Einheiten werden tausende Morde und gewaltsame Vertreibungen zur Last gelegt. Aktuell laufen zwei Gerichtsverfahren in den USA gegen die Firma Drummond und ein Verfahren in Kolumbien gegen den Hauptangeklagten Jaime Blanco Maya. Letzterer hat ausgesagt, dass der Firmeninhaber Garry Drummond persönlich die Finanzierung der Paramilitärs gutgeheißen hat. Am 5. April 2012 erhielten mehrere Kohle-Gewerkschafter anonyme Einladungen zu ihrer eigenen Beerdigung. Kolumbien ist und bleibt leider das gefährlichste Land der Welt für Gewerkschafter.

**NKZ:** Was können Stromkundinnen und -kunden tun, um Einfluss auf die Energiekonzerne zu gewinnen?

**Sebastian:** Die zum Teil katastrophalen Arbeits- und Abbaubedingen im Kohlebergbau in den Lieferländern gelangen selten an das Licht der deutschen Öffentlichkeit. Zudem ist kaum bekannt, woher genau die Energieunternehmen die Kohle für ihre Kraftwerke beziehen. Eine Informationspflicht seitens der Unternehmen existiert nicht. Als Kundin oder Kunde eines Kohle verstromenden Energieversorgers können Sie Ihren Stromversorger auffordern, Verantwortung für die Menschenrechte und die Umwelt zu übernehmen und sein Unternehmenshandeln transparent zu machen. Wir fordern ein Transparenz-Gesetz auf nationaler oder Europäischer Ebene, das Kohle importierende Unternehmen verpflichtet, Warenströme offenzulegen!

## Der Steag Deal und die Kohle aus Kolumbien

Norbert Bömer

Bereits mehrfach in den letzten beiden Jahren haben Mitgliedsorganisationen des Klimabündnisses in gut besuchten Veranstaltungen in Xanten, Krefeld und Duisburg die „Blutige Kohle“ aus Kolumbien thematisiert, die zunehmend auch in den Kohlekraftwerken unserer Region verfeuert wird. Vertreter der vertriebenen Landbevölkerung sowie Aktivisten gewerkschaftlicher Gruppen haben authentisch informiert. Experten wie der Bottroper Arzt Rainer Lukaschek und der FIAN Mitarbeiter Sebastian Rötters sind in der Lage, mit harten Fakten zu belegen, dass Menschenrechte und soziale Entwicklung mit Füßen getreten werden, wenn die Energiekonzerne sich an der billigen Kohle aus Kolumbien bedienen. Es gibt nun erste Ansätze, unter anderem in Dortmund, dass sich die Stadtwerke als Neueigentümer der Steag mit diesem Thema beschäftigen. Deshalb bildet sich gerade eine Arbeitsgruppe auf Ruhrgebiets- und Niederrhein Ebene, die sich intensiver mit der Verantwortung der Stadtwerke/Steag beschäftigt. Wer Lust hat, dabei mitzuarbeiten und zu helfen, auch die VertreterInnen der politischen Parteien in den Räten und Aufsichtsräten zu sensibilisieren, kann sich beim Klimabündnis Niederrhein melden.

### FIAN Kampagne LICHT AN für die Menschenrechte

Seit ein paar Tagen ist die neue Kampagnenseite [www.kohleimporte.de](http://www.kohleimporte.de) online, auf der FIAN über die Menschenrechtsproblematik in Bezug auf Steinkohle-Importe informiert.

Auch eine E-Petition ist vom Deutschen Bundestag freigeschaltet worden. In dieser Petition wird das deutsche Parlament dazu aufgefordert, ein Gesetz zu beschließen, das Lieferanten und Handelswege der deutschen Steinkohleindustrie offenlegt. Des Weiteren sollen importierende Unternehmen zukünftig regelmäßig nachweisen, ob und wie sie geprüft haben, ob der Abbau der importierten Steinkohle nicht zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in den Abbauregionen beiträgt.

<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=24056>

## Klimaratschlag Dezember 2011

Norbert Bömer

Über 20 Mitgliedsorganisationen des Klimabündnisses Niederrhein trafen sich am 12. November 2011 in der NABU Station Wesel zu ihrem halbjährigen Klimaratschlag. Auf der mit 35 TeilnehmerInnen gut besuchten Veranstaltung stand im Mittelpunkt der inhaltlichen Diskussion ein Vortrag zum Thema „Netzstruktur und Netzausbau im Kontext der Energiewende“. Referent war Jens Bömer, Netzexperte des Beratungsunternehmens Ecofys aus Berlin. Ein Resümee von Vortrag und Diskussion war, dass auch wir als lokale und regionale AkteurInnen nicht darum herum kommen, uns Grundlagen und Expertenwissen zu diesem Thema anzueignen, um uns qualifiziert einmischen zu können. Allzu sehr setzen die großen Energie- und Netzkonzerne (RWE, EON, Amprion, u.a.) darauf, ihre Interessen an der Aufrechterhaltung alter Netzstrukturen ohne BürgerInnenbeteiligung durchsetzen zu können.



*Klimaratschlag 2011 in Wesel*

Es führt kein Weg daran vorbei, sich einzuarbeiten in die Genehmigungsverfahren für den Umbau der lokalen, regionalen und europäischen Netze auf der Nieder-, Mittel- und Hochspannungsebene. Es führt auch kein Weg daran vorbei, sich auf der lokalen Ebene mit den Stadtwerken bzw. Energiekonzernen darüber auseinanderzusetzen, wie der Ausbau der Niederspannungs- und Mittelspannungs-ebene für die optimale Nutzung von dezentralen Erzeugungsstrukturen von Photovoltaik, Schwarmstrom, Windenergie, Blockheizkraftwerken etc. vorangetrieben werden kann. (Der Vortrag ist erhältlich über Norbert Bömer: [norbert.boemer@freenet.de](mailto:norbert.boemer@freenet.de)).

Weitere Themen des Ratschlags waren die Beteiligung an der Demonstration zum Weltklimatag in Essen am 3. Dezember und Berichte aus den einzelnen Mitgliedsorganisationen.

## Weltklimatag 2011

Klaus Kubernus-Perscheid



*Demo am Weltklimatag in Essen*

Unter dem Motto „Es ist 1e Minute vor 12“ fand am 3. Dezember 2011 eine Demonstration zum Weltklimatag statt, an der sich das Klimabündnis Niederrhein beteiligte. Der Demonstrationzug mit mehr als 100 TeilnehmerInnen wurde mit heißen Rhythmen der Sambagruppe und der Marchingband begleitet. Wir demonstrierten in der Energiestadt Essen, weil hier wichtige energiepolitische Akteure ihren Sitz haben, die die Energiewende bremsen und blockieren.

## Ein Klimaschutzgesetz für NRW

Klaus Kubernus-Perscheid

Am 31. Januar 2012 war Dirk Jansen vom BUND Gast beim Klimabündnis Niederrhein. Unter dem Motto „Ein Klimaschutzgesetz für NRW!“ referierte er vor mehr als 30 TeilnehmerInnen im Haus am Dom in Wesel. Zu Beginn seines Vortrages skizzierte er die Ausgangssituation für das Land NRW, die nicht sonderlich gut aussieht. So betragen die Treibhausgasemissionen (THG) im Jahre 2012 314 Mio. t und entsprachen somit einem Anteil von 33 % aller Emissionen im gesamten Bundesgebiet. Pro Kopf und Jahr bedeutet das 17,5 t. Besondere Bedeutung kommt der Energiewirtschaft zu, da sie für 62 % der CO<sub>2</sub> Emissionen im Primärenergieverbrauch verantwortlich ist. Und beim Energieverbrauch stellte Dirk fest, dass „seit 1990 der Endenergieverbrauch in NRW mit ca. 650.000 GWh weitgehend konstant ist.“



Daher soll der möglichen Nutzung von Energiesparpotentialen besondere Bedeutung zukommen. Der Stromverbrauch müsse um 20 Prozent bis zum Jahre 2020 und mindestens 50 Prozent bis 2050 reduziert werden. Ordnungsrechtliche Elemente, die über die Energieeinsparverordnung (EnEV) hinaus gehen, seien ähnlich dem „Berliner Stufenmodell“ zu entwickeln.

Einen weiteren Ausbau der Braunkohle und den Energiemix beim Stromkonzern RWE hält Dirk für „nicht zukunftsfähig“.



Kerstin Ciesla und Dirk Jansen in Wesel

Obwohl Dirk den Gesetzentwurf des Klimaschutzgesetzes erst einmal begrüßte, hält er ihn dennoch für verbesserungsfähig. So kritisierte er u. a., dass die Klimaschutzziele nur als „Soll-Bestimmung“ in das Gesetz geschrieben werden sollen. Außerdem hält er das angestrebte Ziel einer mindestens 80 prozentigen CO<sub>2</sub> Reduktion bis 2050 für nicht ausreichend. Weiterhin kritisierte er, dass die Klimaschutzziele nur für öffentliche Stellen verbindlich gelten sollen. Das hält Dirk für nicht zielführend.

Damit die Energiewende gelingen kann, so resümierte Dirk in seinem Ausblick, ist Energiesparen oberstes Gebot und der Kohleausstieg Pflicht! Den Ankündigungen der Landesregierung müssen nun weitere Taten folgen!

## **Atom- und Kohlekonzern RWE bekommt die Konzession in Wesel bis 2033**

*Klaus Kubernus-Perscheid*

Am 13. März 2012 beschloss der Rat der Stadt Wesel den neuen Konzessionsvertrag für Strom für die maximal mögliche Laufzeit von 20 Jahren. Der Vertragspartner der Stadt ist damit weiterhin der Atom- und Kohlekonzern RWE. Die RatsvertreterInnen vom Bündnis für Wesel (FDP, Grüne, SPD und UWW) stimmten dem Vertrag geschlossen zu. Die Fraktionen von CDU sowie der Linken sprachen sich dagegen für kürzere Laufzeiten aus.

Im Vorfeld der Verhandlungen wurde bereits der RWE Konzern von den Sozialdemokraten öffentlich favorisiert und bewusst eine Einbeziehung der Stadtwerke Wesel in ein ökologisches und demokratisches Energiekonzept verhindert.



Wesel – Protest vor der Entscheidung

Um die politisch Verantwortlichen in ihre Konzernstrategie einzubeziehen bot der RWE Konzern Sponsorverträge an, die in Wesel gerne angenommen wurden. So wurde 2010 u. a. das Namensrecht des Weseler (RWE-) Auestadions für 120.000 Euro vergeben. Außerdem gibt es ein paar „wichtige“ Aufgaben, die gerne von den politisch Verantwortlichen übernommen werden. So sitzen Frau Edith Justen-Bechstein (SPD) in der Hauptversammlung der RWE AG und der Weseler Landrat Dr. Ansgar Müller (SPD) im Regionalbeirat und Kommunalbeirat der RWE AG. Als Dank für diese Aufgaben beim RWE hatte der Kreistag Wesel am 15. Dezember 2011 in einem Eilverfahren dem Aktienkauf im Wert von 1,7 Millionen Euro mit großer Mehrheit, inklusive der Fraktion von B90/Die Grünen und dem Vertreter der Linken, zugestimmt.

Mit der Entscheidung für die RWE AG als Konzessionsnehmer hat sich die Stadt Wesel langfristig die Möglichkeit verbaut, ein Energiekonzept zu entwickeln in dem der kontinuierliche Aufbau eigener erneuerbarer Erzeugungsanlagen festgeschrieben wird.

Der Wechsel zu einer erneuerbaren Energiewirtschaft wird die Struktur unserer Netze vollkommen verändern. In Zukunft wird es viel mehr Akteure geben, die die Energie dezentral, also von unten erzeugen. Man denke nur an die Blockheizkraftwerke, Solaranlagen und Windkraftwerke, die neu entstanden sind und sicher in den nächsten Jahren installiert werden.

Ein Konzept für eine dezentrale und ökologische Energieversorgung erfordert Anpassungen im kommunalen Verteilnetz. Die elektrische Energie wird dabei nicht mehr von Oben, also von der Hochspannungsseite, nach unten auf die Verteilnetze übertragen wie bisher, sondern die in der Kommune erzeugte Energie muss auch auf die nach außen liegenden Netze übertragen werden können.

Für den Umbau unserer Energieversorgung auf erneuerbare Energien kommt daher den Stromverteilungsnetzen eine Schlüsselrolle zu. Und wer die Netze in der Hand hat, hat einen entscheidenden Hebel, um die dezentrale Versorgung auf Basis erneuerbarer Energien voranzutreiben.

Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima und der Gefahr einer Klimakatastrophe durch fossile Energieträger ist es höchste Zeit für einen radikalen Wechsel in der Energiepolitik. Mit der Entscheidung den Atom- und Kohlekonzern RWE weiter durch Steuergelder und Konzessionsverträge zu stützen, torpedieren die politisch Verantwortlichen alle Willensbekundungen der neu gewählten NRW-Landesregierung.

## **Spannender Dialog mit Vertretern der Hüttenwerke Krupp Mannesmann (HKM) und dem Umweltforum Duisburg**

*Norbert Bömer*

Zwei Stunden lang diskutierten im Oktober 2011 auf Initiative des Umweltforums Duisburg 11 AktivistInnen aus der Duisburger Umweltbewegung (Umweltforum, Umweltgruppe West, BUND Kreisgruppe, BI Saubere Luft e. V., BI gegen Umweltgifte) mit Vertretern aus der Umwelta Abteilung der Hüttenwerke KruppMannesmann und Vertretern des Betriebsrats von HKM über Themen wie „Klimaschutz und Stahlindustrie“ sowie „Luftreinhalteplan und industrielle Emissionen in Duisburg“. In 2 Kurzvorträgen zu den obigen Themen hatten wir die Möglichkeit, unsere Sicht der Dinge darzulegen und unsere Forderungen zu begründen, dass auch die Stahlindustrie nach Wegen für die radikale Verringerung der CO<sub>2</sub> Emissionen suchen und ihren Teil dazu beitragen muss, die Grenzwertüberschreitungen für Feinstaub und weitere Schadstoffe bei den Immissionen in Duisburg zu beenden.

Anschließend stellten uns die Vertreter von HKM neueste Forschungsansätze für grundlegende Veränderungen in der Technologie von integrierten Hüttenwerken vor, die darauf abzielen, den CO<sub>2</sub> Ausstoß bis zu 35 % abzusenken und CO<sub>2</sub> zukünftig auch als Rohstoff für chemische Prozesse zu nutzen, z. B. zur Erzeugung von künstlichem Methan oder Ausgangsstoffen für Produktionsschritte in der Chemieindustrie.

Positiv für uns daran war, zu sehen, dass auch innerhalb der Branche der Stahlindustrie Menschen beginnen, sich mit dem Thema einer radikalen Senkung der CO<sub>2</sub> Emissionen zu befassen, sicherlich eine Herkules Aufgabe, für die man mehrere Jahrzehnte benötigen wird. Immerhin ein kleiner Hoffnungsschimmer, tut die Branche sich ansonsten in der Öffentlichkeit mehr damit hervor zu betonen, dass sie mit ihren Emissionen bereits am physikalisch chemischen Minimum sind und daher weitere Klimaschutzanforderungen, z. B. in Form eines NRW Klimaschutzgesetzes, die Branche aus Deutschland vertreiben würde.

Alle TeilnehmerInnen waren sich einig, diese Art von Gesprächen fortzuführen und eine weitere Diskussion unter Einbeziehung von ThyssenKrupp Steel Europe sowie der IG Metall Duisburg zu planen. Mit einem speziellen Forum auf der Eröffnungsveranstaltung der Duisburger Umwelttage am 4. Juni 2012 scheint dies nun auch zu gelingen.

Norbert Bömer, Gisela Komp, Paul Moses (Umweltforum Duisburg)

## Kreislaufwirtschaft total – möglich und nötig!

Dr. med. Günther Bittel

Die typische Produktionskette in der kapitalistischen Ökonomie ist eine lineare Produktionskette: Die Rohstoffe werden in der Regel ohne Rücksicht auf die Interessen der Umwelt und der in diesen Regionen lebenden Menschen aus dem Boden geholt. Vom Kohle-Tagebergbau in Kolumbien über Öl- und Gasbohrungen bis hin zum Uranbergbau entstehen so weltweit großflächige Zonen der Ver-

(siehe auch „Kaufen für die Müllhalde“, <http://www.arte.tv/de/3714422.CmC=3714270.html>). Aus der Konsumtion gehen weltweit Abfallberge von Millionen Tonnen hervor, oft hochgiftiger Elektronik- und Chemieschrott, giftige und klimaschädliche Gase. Was als „Müll“ deklariert und für die Profitwirtschaft nicht mehr unmittelbar attraktiv ist, wird in der Regel verbrannt oder in neokolonial abhängigen Ländern auf ungesicherte Deponien oder ins Meer gekippt. Die chronische Umweltvergiftung hat so bereits die entlegenen Gebiete der Erde erreicht. Diametral entgegengesetzt ist hier der Ansatz der Kreislaufwirtschaft, welche sich am Beispiel der Natur und ihrer geschlossenen Ökosysteme orientiert: Der Lebenszyklus der Materialien basiert hier auf 100 % erneuerbare Energie, Produktion, Konsumtion und Wiederverwertung bilden hier ein ganzheitliches System zur Schließung von Stoffkreisläufen (s. a. [www.total-recycling.org](http://www.total-recycling.org)). Der Übergang zur Kreislaufwirtschaft wird somit auch bei der Rettung des Weltklimas zu einer zentralen Frage!

Technisch sind das Recycling von Papier, Karton, biologisch abbaubaren Substanzen und Metallen weitgehend gelöst, der große weiße

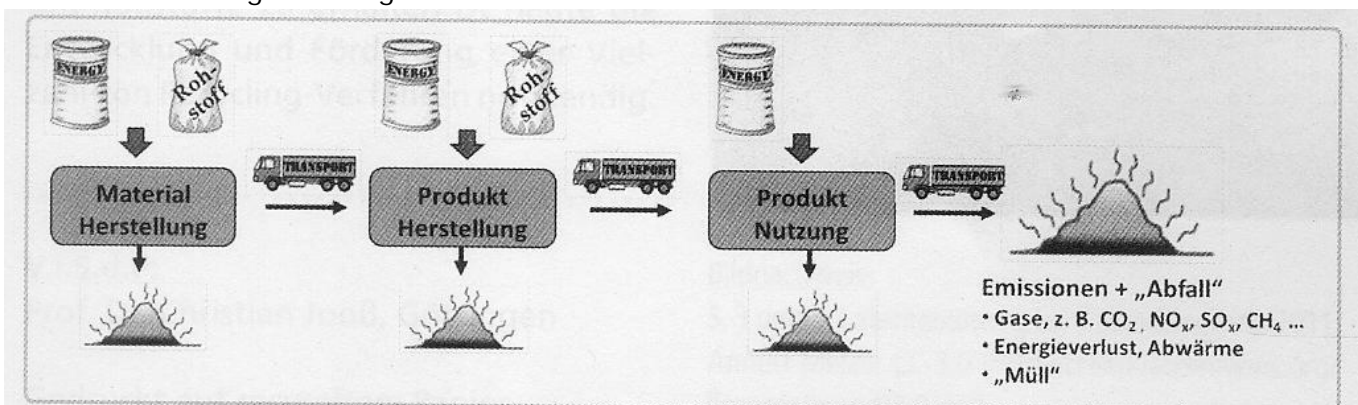


Abbildung. 1: Lebenszyklus von Materialien in einer linearen Produktionskette: Vom Raubbau an Rohstoffen hin zum Abfallberg. Dies ist die Hauptform der kapitalistischen Industrialisierung, in der die Optimierung der Produktivität des Einzelprozesses für Profitmaximierung im Mittelpunkt steht.

wüstung. Auf der anderen Seite werden wertvolle Rohstoffe in kurzer Zeit ausgeplündert, die von kommenden Generationen noch dringend gebraucht werden. Für die internationale Produktion werden Teile um den ganzen Erdball gejagt, teils per Luftfracht, um oft dort produzieren zu lassen, wo die Kosten, Umweltstandards und Löhne am niedrigsten sind. Die Produktion zielt auf einen weltweiten Massenkonsum, für den alle Register der Werbung gezogen werden, mit der sogenannten „geplante Obsoleszenz“) werden Produkten gezielt „Verfallsdaten“ eingebaut, um so den Konsumenten zum schnellen Neukauf zu zwingen.

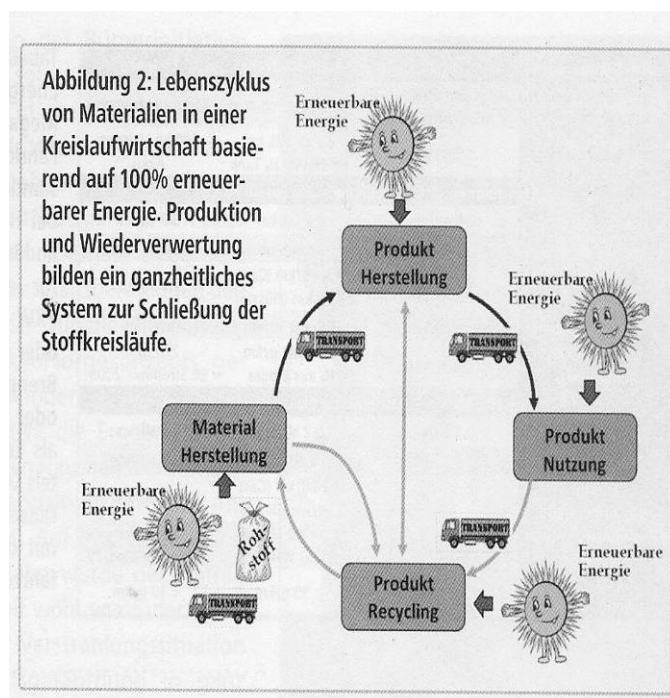
Fleck bildet das Recycling von Kunststoffen, Elektroschrott und Altreifen. Hier bietet das Verfahren des Kryorecycling nach Professor Rosin eine Lösung: bei tiefer Kälte, erzeugt in einem geschlossenen Kühlsystem mit einfachen Erdgasen, lassen sich diese Substanzen im Mahltunnel zu feinstem Granulat zermahlen, dann physikalisch sortenrein trennen und somit wieder als Ausgangsmaterial der Neuproduktion zuführen. In Kunststoffen stecken auch riesige Mengen Energie, die bei einer Neusynthese jedes Mal neu aufgebracht werden müssen, nicht so beim Kryorecycling!



Die giftige und klimaschädliche Müllverbrennung kann ebenfalls vermieden werden. Eine totale Kreislaufwirtschaft verlangt ein ganz anderes gesellschaftliches Denken: Produkte müssen bereits kreislaufwirtschaftsfähig konzipiert werden oder hundertprozentig kompostierbar sein. Hier werden durch die Bionik und das sogenannte Cradle to Cradle Verfahren nach Professor Braungart neue Maßstäbe gesetzt („C2C“, s. a. <http://epea-hamburg.org/index.php?id=69&L=4>).

Sehr empfehlenswert ist hier das Magazin „Kreislaufwirtschaft total“ (erhältlich auf dem nächsten Klimaratschlag für 2 €, oder zu bestellen unter [info@total-recycling.org](mailto:info@total-recycling.org) ). Eine gründliche Auseinandersetzung um Kreislaufwirtschaft als Systemfrage findet sich in dem lesenswerten Buch „Morgenröte der internationalen sozialistischen Revolution“ von Stefan Engel unter anderem auf der Seite 207 (ISBN 978-3-88021-380-7, Verlag Neuer Weg 2011).

(Abbildungen aus „Kreislaufwirtschaft total“ Mai 2012 S.4 und 5)



## Fukushima Jahrestag

Bärbel van Doornick

Am Sonntag dem 11. März 2012, ein Jahr nach der Katastrophe in Fukushima gab es bundesweit mehrere Anti-Atom-Proteste und Demonstrationen. Für NRW hatte man nach Gronau mobilisiert.



Das Klimabündnis in Gronau

Das Klimabündnis-Niederrhein hatte einen eigenen Bus für ca. 50 engagierte UmweltaktivistInnen organisiert. In Duisburg, Dinslaken, Voerde und Wesel konnte man einsteigen, um nach Gronau zu reisen. Die Nachfrage war groß und einige die gerne mitgefahren wären, mussten auf andere Fahrgelegenheiten ausweichen. Kerstin Ciesla vom BUND Duisburg, hielt eine kurze Willkommensrede im Bus und erklärte den Mitreisenden nochmals was in der Uranfabrik in Gronau passiert.

Die Urananreicherungsanlage URENCO, die zu einem Drittel RWE und EON gehört, liefert angereichertes Uran für die Brennelementefertigung. Mittlerweile kann jedes 10. AKW weltweit mit angereichertem Uran aus Gronau betrieben werden – und das unbefristet, weil die Bundesregierung die Urananreicherung in Gronau nicht stilllegen will. Wer ernsthaft aus der Atomenergie aussteigen will, darf den Uranbrennstoff für die Atomkraftwerke nicht in alle Welt liefern!

Die Demo stand unter dem Motto „Fukushima und kein Ende...! Uranfabrik dichtmachen...!“ Mit rund 3000 Menschen hatten wir ja gerechnet, dass über 4000 gekommen sind, ist ein ermutigendes Zeichen für den weiteren Widerstand“, so Willi Hesters vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

„Meine Heimat wird nie wieder wie früher sein“, klagte in Gronau die in Fukushima geborene Naho Dietrich Nemoto als eine der RednerInnen der Auftaktkundgebung.



Völlig ungeklärt sei die Entsorgung des in Gronau entstehenden Atommülls, kritisieren Atomkraftgegner wie der in Gronau lebende Udo Buchholz, der im Vorstand des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz ist. Nicht einmal gegen Flugzeugabstürze sei die UAA gesichert.

Weitere eindrucksvolle Reden gab es von Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen, verschiedenen Parteien und einem Landwirt, der mit weiteren Landwirten per Traktoren den Demozug begleitete.

Vor den Toren der Urananreicherungsanlage fand die Schlusskundgebung statt: Olga Podosenova sprach von Tschernobyl und der verbotenen Stadt, in die abgereichertes Uran aus Gronau jahrelang gebracht wurde. Andere RednerInnen kritisieren das Modell der Atombürgschaften für Kernkraftwerke im Ausland. Eine Rednerin der Initiative ausgeco2ht sprach: „Wir wollen weder Atom- noch Kohlestrom, sondern generelle Energieeinsparungen und erneuerbare Energien! Lasst uns gemeinsam am 18. April zur Jahreshauptverhandlung von RWE gehen und bei RWE unplugged, dem Energieriesen den Stecker ziehen!“

Und Matthias Eickhoff ist sich beim Blick über die Menge der Demonstranten am Ende sicher: „Die Tage der Urananreicherungsanlage in Gronau sind gezählt.“

## McPlanet

*Klaus Kubernus-Perscheid*

Rund 1700 Menschen kamen vom 20. – 22. April 2012 nach Berlin zum Bewegungskongress McPlanet. Darunter auch einige Leute vom Niederrhein. „To BIG to fail!“ lautete das Motto des Kongresses an der Technischen Universität mit ca. 100 Veranstaltungen, Panels und Workshops. Der Slogan, den die Veranstalter in diesem Jahr für das zentrale Diskussionsforum der deutschen Alternativbewegung gewählt haben, war bewusst doppeldeutig.

Der Kongress wurde gemeinsam von Attac, Brot für die Welt, BUND, EED, Forum Umwelt und Entwicklung, Greenpeace, Heinrich-Böll-Stiftung und terre des hommes organisiert.

Im Mittelpunkt des Kongresses stand die Kritik an dem Konzept der „Green Economy“, mit dem die internationale Gemeinschaft demnächst in Rio neue Impulse für die nachhaltige Entwicklung setzen will. Daher stand das Thema schon auf dem Programm der Auftaktveranstaltung mit Tim Jackson (Wohlstand ohne Wachstum), Camila Moreno (Heinrich-Böll-Stiftung) und Achim Steiner (UNEP).

McPlanet.com 2012

20.–22. April | Berlin



„Wir müssen das Konzept der Green Economy ganz genau hinterfragen“, forderte Nnimmo Bassey, Gründer von Friends of the Earth Nigeria. „Wer profitiert hier eigentlich? Und welche Folgen zieht das nach sich?“ Bassey kennt sich aus mit Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung, die am Ressourcenabbau hängen. 2010 hat er für das Aufzeigen der Folgekosten der Ölförderung in seinem Land den Alternativen Nobelpreis erhalten.

Von der Entwicklung profitieren zunächst einmal die, die bisher immer profitiert haben, „die Kapitalinteressen“ nennt Ulrich Brand sie. Aber auch die Staaten, die über die neuerdings so heiß begehrten Rohstoffe verfügen, gewinnen - und mit ihnen ihre Bürger. Lithium etwa findet sich vor allem in Chile, Argentinien und Bolivien. Dass sich mit dem Abbau von Rohstoffen auch für den Staat ganz neue Einnahmequellen erschließen, lässt hier den „neuen Extraktivismus“ erblühen.

„Was wir brauchen, ist eine globale Kampagne gegen die Idee der grünen Wirtschaft“, forderte Camila Moreno, die sich unter anderem mit den sozialen Auswirkungen von Biotechnologie und Agrotreibstoffen befasst.

Daneben hatten die Veranstaltungen zum Lebensstil den größten Zulauf. Bei einem Diskussionsforum kritisierte der Sozialpsychologe Harald Welzer die „Leitkultur der Verschwendung“ und forderte die Repolitisierung der Gesellschaft.

Welzer gab Beispiele für den „Schwachsinn“ dieses kulturellen Modells des Mehr-Mehr und Hoch-Höher-Am Höchsten: So schrieb Umweltminister Röttgen jüngst, wir bräuchten Wachstum, um wieder Generationengerechtigkeit herzustellen. Schwachsinn!, sagte Welzer: Denn Wachstum gehe mit erhöhtem Ressourcenverbrauch einher, Ressourcen, über die nachfolgende Generationen dann nicht mehr verfügen können. In den letzten 10 Jahren habe sich der Textilverbrauch verdoppelt, der Möbelverbrauch dank Ikea sogar mehr als verdoppelt - eine Verschwendung ohnegleichen.

## „Fest der Vernunft“

Norbert Bömer

Am Samstag, den 23. Juni 2012 startet um 15.30 Uhr in Krefeld Hohenbuddberg ein „Fest der Vernunft“. Vorher um 15.00 Uhr veranstaltet der Niederrheinische Umweltverband in der Kirche St. Matthias direkt nebenan noch eine Dankandacht. Anlass dazu ist das endgültige „Aus“ für die beiden geplanten Kohlekraftwerke in Düsseldorf und Krefeld Uerdingen. Eingeladen sind natürlich alle, die irgendwann und irgendwie mitgeholfen haben, diese beiden Großprojekte zu verhindern. Diese Einladung gilt auch insbesondere für alle Mitgliedsgruppen des Klimabündnisses Niederrhein. Lasst uns gemeinsam feiern, klönen und Kräfte sammeln, um auch in Zukunft dafür zu streiten, dass auch der Niederrhein in seiner Energieversorgung auf die Erneuerbaren setzt.



Wo: Festzelt neben der Kirche St. Matthias gegenüber dem Chempark Tor 4, 47829 Krefeld Uerdingen Hohenbuddberg, Kirchstr. 1

## Gespräch mit der Duisburger Hafen AG zum Thema Verkehrsbelastung in Rheinhausen durch den geplanten Container Terminal in Hohenbuddberg

Norbert Bömer

VertreterInnen des Umweltforums Duisburg, der Umweltgruppe West und der Bürgerinitiative Saubere Luft e. V. (alle Mitgliedsorganisationen des Klimabündnisses Niederrhein) führten am 3. April 2012 ein 2 stündiges Gespräch mit Vertretern der Duisburger Hafen AG zum Thema „Verkehrskonzept für den geplanten Container Terminal in Rheinhausen Hohenbuddberg“. Die Gesprächsbereitschaft von Logport ist auf dem Hintergrund zu sehen, dass die entsprechenden Genehmigungsverfahren noch laufen und in den letzten 1 ½ Jahren, insbesondere im Stadtteil Rheinhausen Friemersheim, eine breite BürgerInnenbewegung entstanden ist, die sich gegen die unerträgliche Belastung durch den LKW Verkehr in den Wohngebieten zur Wehr setzt.

Die Initiative „Kein LKW Verkehr in Friemersheim“ hatte schon bei ihrer ersten Versammlung im Frühjahr 2011 rund 500 Bürger/innen mobilisiert. Initiatoren waren die Friemersheimer Kaufleute, der Bauverein Friemersheim und zahlreiche lokale Akteure. Die Umweltgruppe West hat schon seit Jahren das Thema LKW Verkehr durch Logport in Bürgeranträgen nach § 24 der Gemeindeordnung thematisiert.

Es sieht so aus, als ob die Hafen AG verstanden hat, was die Bürgerinnen und Bürger umtreibt. Wenn die jetzt vorgestellten Konzepte und Maßnahmen wirklich auch umgesetzt werden, haben die Bürger/innen durch ihren Widerstand eine ganze Menge erreicht. Mal abwarten, ob es auch so kommt und ob die Genehmigung des Projekts durch die Bezirksregierung in Düsseldorf dem Betreiber auch wirklich wasserdichte Vorgaben macht, damit Lärm und LKW Verkehr die Menschen nicht noch mehr traktiert als ohnehin schon.

Gisela Komp, Norbert Bömer  
(Umweltforum Duisburg, Umweltgruppe West)

PS: Wer an einem ausführlichen Bericht über das Gespräch interessiert ist, kann ihn anfordern bei Norbert Bömer  
[norbert.boemer@freenet.de](mailto:norbert.boemer@freenet.de)

## **Termine**

### **Samstag, 2. Juni 2012, 11 - 15 Uhr**

Klimaratschlag, Gemeindehaus an der Schulstraße 2 in 47179 Duisburg-Walsum

### **Montag, 11. Juni 2012, 19:00 Uhr**

Das Aktionskomitee des Klimabündnisses trifft sich bei Wilfried Mohr

### **4. – 23. Juni 2012**

Duisburger Umwelttage, Abfall und Umwelt

**Samstag, 16. Juni 2012** Ökomarkt im Rahmen der Duisburger Umwelttage auf der Königstrasse vor dem Forum.

Das Klimabündnis macht dort einen Infotisch, auf dem sich die Mitgliedsorganisationen präsentieren können. Das Umweltforum Duisburg wird dort auch wieder eine Korksammlung durchführen.

Wer sich beteiligen möchte, bitte bei Norbert Bömer (norbert.boemer@freenet.de) melden!

### **Samstag, den 23. Juni 2012, 15.30 Uhr**

Fest der Vernunft

### **Dienstag, 18. September 2012**

Wem gehört die Welt, die Stadt, der Himmel?

Attac Niederrhein wird 10 Jahre alt

### **Samstag, 22. September 2012**

Klimaaktionstag

Wir sind Energiewende - Der Niederrhein ist erneuerbar!

Dezentrale Aktionen und Veranstaltungen am Niederrhein.

### **Samstag, 27. Oktober 2012**

Klimaratschlag, Thema: „Das RWE, die Kommunen im Ruhrgebiet und am Niederrhein und die Energiewende. Ökonomische Rahmenbedingungen, Abhängigkeiten und Handlungsspielräume“ mit Prof. Dr. Ralf-M. Marquardt





Das Klimabündnis ist ein Zusammenschluss von mehr als 30 Organisationen überwiegend aus dem Raum Krefeld, Duisburg, den Kreisen Wesel und Kleve.

Organisationen wie der BUND, NABU, attac sowie verschiedene Bürgerinitiativen und lokale grüne und linke Organisationen haben sich zusammen-

gefunden, um gemeinsam die Bevölkerung am Niederrhein über die Folgen des Klimawandels aufzuklären, weitere klimaschädliche Projekte vor Ort zu verhindern und als starkes Bündnis auf die Umweltpolitik Einfluss zu nehmen.

Das Klimabündnis Niederrhein hat sich im Jahre 2008 gegründet, um ein Gegengewicht zu den Profit- und Machtinteressen vieler Akteure aus Wirtschaft und Politik in unserer Region zu bilden. Durch öffentlichen Druck will das Bündnis dazu beitragen, Blockaden in der Klimapolitik zu überwinden. Dazu sollen kritische Menschen in und außerhalb bestehender Organisationen miteinander vernetzt werden, um neue Aktions- und Handlungsspielräume zu entwickeln. Mit Veranstaltungen und Aktionen will das Bündnis die verschiedenen Auswirkungen und Einflüsse des Klimawandels auf das menschliche Leben aufzeigen und Alternativen zur gegenwärtigen Politik entwickeln. Das Klimabündnis fühlt sich der Umweltbewegung in Deutschland und der ganzen Welt verbunden.

Sprecher: Norbert Bömer, Klaus Kubernus-Perscheid und Wilfried Mohr

<http://www.klimabuendnis-niederrhein.de/>

## Neue Mitgliedsorganisationen

30.5.2012: Bündnis 90/Die Grünen OV Rheinberg, Ansprechpartner: Peter Mokros

## Mitgliedsorganisationen

Ärzteinitiative Duisburg, Ärzte- und Apotheker-Initiative Niederrhein, Bürgerinitiative gegen Umweltgifte Duisburg-Nord, KV DIE LINKE Duisburg, SV DIE LINKE Dinslaken, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, Attac Niederrhein, Bündnis 90/Die Grünen KV Wesel, KV DIE LINKE Kleve, KV DIE LINKE Wesel, OV DIE LINKE Moers/Neukirchen-Vluyn, Attac Duisburg, Bürgerinitiative Kontra Kohlekraftwerk Lünen, Bürgerinitiative gegen das Kohlekraftwerk Walsum, Bündnis 90/Die Grünen OV Duisburg-Walsum, Bündnis 90/Die Grünen Dinslaken, Ev. Kirchengemeinde Walsum-Aldenrade, Bürgerinitiative gegen Giftmüll e.V. Dinslaken, Bündnis 90/Die Grünen OV Geldern, Bündnis 90/Die Grünen OV Rheurdt, Bündnis 90/Die Grünen OV Kleve, Bündnis 90/Die Grünen OV Voerde, NABU Kreis Wesel, Bürgerinitiative Saubere Luft DU Rheinhausen, BUND Duisburg, Bündnis 90/Die Grünen OV Duisburg-West/Ruhrort, Bündnis 90/Die Grünen KV Duisburg, Bündnis 90/Die Grünen KV Krefeld, Bündnis 90/Die Grünen OV Rheinberg, BUND Wesel, Menschen gegen Atomanlagen (MegA), MLPD Duisburg Niederrhein, Niederrheinischer Umweltschutzverein (NUV), Umweltforum Duisburg

### Impressum

Zeitung des Klimabündnisses Niederrhein

Verantwortlich i.S.d.P.:

*Klaus Kubernus-Perscheid*

*Pastor Wolf Str. 12*

*46487 Wesel*